

"THEY WALK LIKE THE STATE"

Polizeikontrollen auf den Straßen Wiens

AUSSTELLUNG

auf der Anarchistischen Buchmesse Wien

1.-3. Juni 2018 Keplerplatz

www.abuchmesse.noblogs.org

Um die Auswirkungen von Polizeikontrollen sichtbar zu machen, hat die Initiative „Kieberei, was geht?!“ eine Fragebogenaktion durchgeführt. Im Fokus standen die Auswirkungen von Polizeischikanen und Kontrollen auf den Alltag der Betroffenen. In dieser Ausstellung setzen wir die Erfahrungen unserer Interviewpartner*innen mit den Themen in Verbindung, mit denen wir uns schon länger beschäftigen: Racial Profiling, Gewalt von Polizei und Justiz, Möglichkeiten, sich solidarisch zu zeigen und sich zu wehren, sowie Überlegungen und Ansätze für eine Stadt ohne Polizei.

www.wasgeht.noblogs.org

"THEY WALK LIKE THE STATE"

Polizeikontrollen auf den Straßen Wiens

Um die Auswirkungen von Polizeikontrollen sichtbar zu machen, startete die Initiative „Kieberei, was geht?!“ im Juni 2017 ein kleines Forschungsprojekt. Im Fokus stehen die Auswirkungen von Polizeischikanen und Kontrollen auf den Alltag von Betroffenen. Als Betroffene verstehen wir jene, die ständig von der Polizei kontrolliert werden, aber auch jene, die sich durch die massive Polizeipräsenz gestört fühlen. In dieser Ausstellung setzen wir die Erfahrungen unserer Interviewpartner*innen mit den Themen in Verbindung, mit denen wir uns schon länger beschäftigen: Racial Profiling, Gewalt von Polizei und Justiz, Möglichkeiten, sich solidarisch zu zeigen und sich zu wehren, sowie Überlegungen und Ansätze für eine Stadt ohne Polizei.

WAS? Mit dem Fragebogen sollen Erfahrungen von Betroffenen gesammelt werden - wie oft und wo werden Menschen kontrolliert? Wie erleben sie Polizeikontrollen und was für Auswirkungen haben diese auf ihren Alltag? Gleichzeitig ist das Ziel aber auch, den Strategien, Meinungen und Sichtweisen von Betroffenen Raum zu geben. Was halten sie von Polizei und Polizeipräsenz auf Wiens Straßen? Was wären für sie Alternativen zu Polizei und Kontrollen, wie würde eine Stadt ohne Polizei ihrer Meinung nach aussehen?

WIE? In den meisten Fällen wurde der Fragebogen als Grundlage für Interviews verwendet, wobei die Antworten von uns schriftlich festgehalten wurden. In einigen wenigen Fällen haben Befragte den Fragebogen selbstständig ausgefüllt.

WER? Insgesamt nahmen 42 Menschen an der Umfrage teil. Wir haben mit 22 männlichen und 17 weiblichen Personen gesprochen, weitere 3 machten keine Angabe zu ihrem Geschlecht. Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden waren zwischen 13 und 22 Jahren alt, die übrigen – mit Ausnahme eines Teilnehmers – waren unter 42.

WO? Die Umfrage fand an mehreren Plätzen statt, der Fokus lag aufgrund der starken Präsenz der Polizei in diesen Bezirken vor allem auf U6-Stationen und Gürtelnähe. Orte der Umfrage waren z. B. Yppenplatz und Yppenpark, U-Bahnstation Josefstädterstraße, U-Bahnstation Burggasse/Stadthalle, Vogelweidpark und Märzpark.

Nur ein Anfang

Diese Ausstellung ist nur ein Anfang. Wir wollen weiterhin Meinungen und Ansichten zu Polizei und Polizeikontrollen in Wien sammeln – vor allem auch Visionen und Ideen für eine Stadt ohne Polizei. Wenn ihr selbst mitmachen wollt,
... füllt einen Fragebogen aus
... sagt uns, dass ihr ein Interview mit uns machen wollt
... schickt uns eure Erfahrungen mit Polizeischikanen und -kontrollen
... schreibt unter dem Hashtag #NoCopsVie auf Twitter

Die Initiative „Kieberei, was geht?! Gegen Polizei auf unseren Straßen“ stellt Rechtsinfos bereit, sammelt Informationen und dokumentiert Polizeischikanen. Entstanden ist sie im Frühling 2016 aus dem Drang heraus, sich gegen die massiven Polizeischikanen vor allem gegen People of Colour zur Wehr zu setzen. Einen konkreten Anlass lieferte die Verschärfung eines Drogengesetzes, mit dem rassistische Kontrollen auf Wiens Straßen noch alltäglicher und sichtbarer wurden. Ziel der Initiative ist, nicht nur gegen rassistische, sondern gegen jede Art von Polizeikontrollen und Polizei auf unseren Straßen zu intervenieren:
Keine Polizei ist auch eine Lösung!

Unser Leben besteht zum größten Teil aus Alltag: Orte, die wir jeden Tag besuchen, Wege, die wir immer wieder gehen, tagtägliche Gewohnheiten und Aktivitäten, Menschen, die wir regelmäßig sehen. All das prägt, wie wir uns an unserem Lebensort fühlen, wie vertraut uns unser Umfeld ist. Im Alltag zeigen sich aber auch soziale Strukturen. An Alltagsorten und -erlebnissen wird der Zusammenhang zwischen unseren Leben und sozialen Ungleichheiten sichtbar. Deshalb ist es uns wichtig zu zeigen, wie sich Polizeikontrollen und Schikanen auf den Alltag von Stadtbewohner*innen auswirken. Dabei sind Menschen, die von Polizeikontrollen betroffen sind, nicht machtlos, sondern sie entwickeln ihre eigenen Taktiken, mit diesen umzugehen.

ALLTÄGLICHE SZENEN

Unsere Umfrage macht deutlich, wie sehr Polizeikontrollen Menschen in ihrem Alltag beeinflussen und einschränken. Interviewte Personen erzählen, täglich oder zwei, drei Mal pro Woche kontrolliert zu werden. Kontrollen sind zeitintensiv, im Berufs- und Freizeitleben können dadurch Probleme entstehen. Eine Befragte spricht davon, dass ihr Ehemann wegen einer Kontrolle eine halbe Stunde zu spät zur Arbeit gekommen ist und deshalb Ärger bekommen hat. Manche entscheiden deshalb, Umwege auf sich zu nehmen, um gewisse Orte zu vermeiden.

Polizeikontrollen haben auch Auswirkungen auf Beziehungen. Ein Interviewpartner spricht darüber, seine Freunde nicht mehr zu treffen, da diese durch ihre Hautfarbe verdächtig und Ziel von Polizeikontrollen seien. Ein Betroffener berichtet, dass er die U-Bahnstation Josefstädter Straße vermeidet, damit seine Großmutter nicht aus dem Fenster mitansehen muss, wie er kontrolliert wird – er möchte ihr keine Sorgen bereiten.

Polizeikontrollen wirken einschüchternd, machen nervös und unsicher, beschämen oder machen wütend. Auch für diejenigen, die nicht direkt von Kontrollen betroffen sind, sondern diese als Zeug*innen erleben, hinterlassen Polizeikontrollen ihre Spuren. Manche ärgern sich über Racial Profiling und fühlen sich durch die Kontrollen, obwohl sie nicht das Ziel sind, eingeschränkt. Polizeikontrollen verlangen von Betroffenen ein hohes Maß an Selbstkontrolle. Im Wissen über ihre relative Machtlosigkeit gegenüber der Polizei müssen sie ihre Gefühle kontrollieren und zurückhalten.

Polizeikontrollen wirken. Sie wirken auf die Gefühle von Menschen ein, sie bewirken aber auch, dass Menschen ihr Verhalten verändern. Wie bei einigen Betroffenen deutlich wird, wirken sie, indem sie das Verhalten derer, die Ziel der Kontrollen sind, normieren. Sie schaffen „brave Bürger*innen“ – Wiener*innen, die sich ordentlich und konform verhalten und versuchen, sich den gesellschaftlich akzeptierten Normen anzupassen. Manche versuchen durch kleine Anpassungen weniger stark ins Visier von Kontrollen zu kommen. Und einige wenige wehren sich dagegen, stellen klar, dass sie sich nicht anpassen werden. "Wir werden mehr Gras rauchen, mehr Blödsinn machen!", stellt eine Gruppe fest, mit der wir gesprochen haben.

„Ich geh' nicht mehr Praterstern Bahnhof, nur U-Bahn. Und er auch nicht [zeigt auf Person daneben], er ist ein guter Junge, aber er würde dort kontrolliert werden.“

„Jede Polizeikontrolle, die ich sehe, ist ein Angriff auf meine Freiheit.“

„Mein Trainer hat mich gesehen und ich durfte drei Monate kein Kickboxen machen. Ich durfte nicht zum Kampf nach Serbien. Mein Trainer meinte, es ist nicht gut, wenn man mich mit der Polizei auf der Straße sieht.“

„Mein Vater wurde kontrolliert. Er wurde streng behandelt, er wurde mitgenommen. [...] Ich habe mich schlecht gefühlt.“

„Ich hasse es, wenn sie mich anschreien. Ich will ihn schlagen und weiß, ich darf das nicht. Ich muss mich kontrollieren. Es ist schlimm, wenn sie schreien. Ich werde sehr aggressiv, aber ich kontrolliere mich.“

„Jeden Tag werde ich an der U-Bahnstation kontrolliert. Jeden Tag am gleichen Ort. Jetzt habe ich meinen Bart abrasiert. Und heute Morgen wurde ich nicht mehr kontrolliert. Mal schauen, wie es weiter geht...“

Warum wurdest du kontrolliert? „For peculiar reasons like racial profiling“, benennt eine Person den Grund für die Kontrolle ganz klar als rassistisch motiviert. Ein großer Teil der Antworten verweist auf rassistische Auswahlkriterien der Polizei: „Sie schauen meistens nach der Hautfarbe.“ Auch Migrationsfeindlichkeit wird als Motiv genannt: „Weil's mehr Flüchtlinge gibt.“ Antworten wie „weil ich vor der Moschee gestanden bin“ verweisen auf ganz alltägliche Handlungen, die die Polizei als verdächtig beurteilt, wenn sie von Personen of Colour ausgeübt werden, insbesondere an Orten, die als gefährlich gelten. Personen of Colour werden mit stereotypen Bildern von Kriminalität und Migration in Verbindung gebracht, wie dem des „Schwarzen Dealers“ oder des „Terroristen“. Sie sind daher Kontrollen viel stärker ausgesetzt als Angehörige der weißen Mehrheitsgesellschaft. Aber nicht nur Personen of Colour, sondern alle, die nicht ins Bild der sauberen, schönen Stadt passen, sind Repressionen ausgesetzt.

„Ohne Grund, die kontrollieren alle Ausländer.“

„Sehr unbegründet, wegen meines Aussehens und Stylings.“

„WEIL ICH SCHWARZ BIN?“ WER KONTROLLIERT WIRD

Die Kriminalisierung als Drogendealer trifft vor allem Männer of Colour. Dabei werden speziell junge Männer, die sich im öffentlichen Raum aufhalten, als Bedrohung der Sicherheit wahrgenommen. Das heißt aber nicht, dass Frauen (of Colour) nicht von Polizeikontrollen betroffen sind. Bei Kontrollen spielen unterschiedliche Faktoren eine Rolle, wie Geschlecht, Alter, Hautfarbe, Herkunft. Auch wer von Armut betroffen ist, und z. B. bettelt, wird öfter kontrolliert.

„Ich glaube, weil ich braun, also schwarz bin. Da waren blonde Leute, die haben sie nicht kontrolliert, sondern mich.“

Rassistische Polizeikontrollen sind nicht einfach nur das Fehlverhalten einzelner Polizist*innen. Sie sind Teil einer rassistischen Ideologie, die – genauso wie Gewalt – in die Institution Polizei eingeschrieben ist. Die Polizei ist Teil einer Gesellschaft, in der Rassismus in allen Strukturen vorhanden ist. Aufgabe der Polizei ist es, bestehende Machtverhältnisse zu erhalten. Polizeigewalt ist also Normalität und nicht Ausnahme. Ständige Polizeikontrollen sind ein klares Signal, mit dem Menschen vermittelt wird, dass sie beobachtet werden, hier nicht erwünscht sind und sich nie ganz sicher fühlen können.

„Ganz einfach, wegen Hautfarbe oder Drogendealer.“

„Die waren gegen Islamisten.“

Wenn es um Sicherheit geht, stellt sich die Frage, von wessen Sicherheit gesprochen wird: Meist wird dabei die Sicherheit des Mittelstands und der Oberschicht gemeint. Die Sicherheit der Mehrheit ist die Unsicherheit der anderen. Um die Sicherheit von geflüchteten Menschen, von Bettler*innen, von wohnungslosen Menschen oder Sexarbeiter*innen geht es dabei nicht. Nur die Polizei soll für Sicherheit zuständig sein, dabei trägt sie dazu bei, dass sich viele Menschen unsicher fühlen.

„Vielleicht nach Aussehen: Schwarze Haare, dunkle Hautfarbe.“



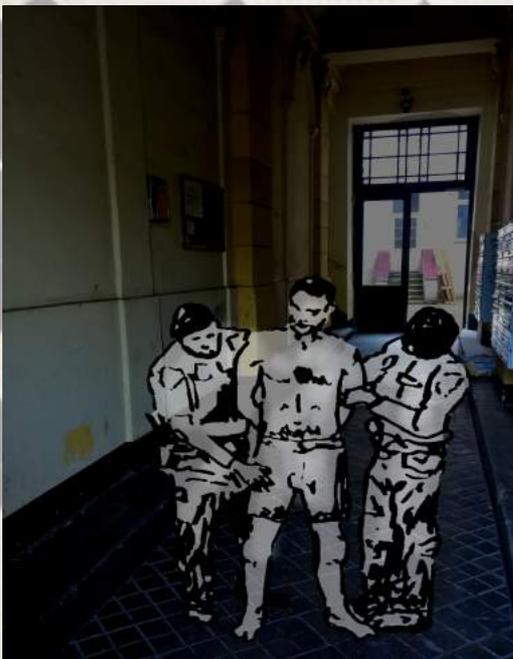
„Es hat angefangen als ich mir mit 13 meine Haare grün gefärbt habe und jemandem, der ein paar Häuser weiter lebt, etwas vorbeibringen wollte. Ich bin durch eine U-Bahn-Station gegangen, da ich sonst bei Ampeln hätte warten müssen und Zeit verloren hätte. Es haben sich mehrere Polizisten in der Station Landstraße um mich gestellt und begonnen mich auszufragen (Wohnort, Name, Geburtsstätte, Name und Beruf der Eltern, warum ich mich gerade in der Station aufhalte. In Folge wurden auch Daten von der Person, zu der ich gerade am Weg war, verlangt). Ich musste meinen Ausweis herzeigen, auf welchem ich noch meine Naturhaarfarbe hatte, woraufhin eine Polizistin anfang, mich aufgrund

meines Aussehens zu beleidigen und mir unter anderem zu sagen, dass ich hässlich sei, danach wurden alle meine Taschen durchsucht und ich abgetastet. Ich habe mich nicht gewehrt, weil ich keine Erfahrung mit solchen Dingen hatte, was ja kein Wunder ist wenn man 13(!) ist. Auf die Frage mit welchem Grund das gemacht wird, habe ich keine Antwort bekommen. Es ist aber nicht bei diesem einen Vorfall geblieben, ich wurde z. B. im 1. Bezirk in Wien von der Polizei verschuecht, weil ich „mit meinem Aussehen andere Menschen belästigen würde“. Ausweiskontrollen und Beleidigungen von Cops passieren mehr oder weniger regelmäßig, und ich bin noch nicht mal 15.“



„They handcuffed me and took me to the station. They found no drugs on me and then they took 40€ from me and wrote a paper that I am aggressive. And when I said I want my money back they handcuffed me again and took another 40€. Then they took me to another station and I had to sleep there and stay the next day there. Then came a Dolmetscher.“

„Manche sind böse, sie schimpfen: „Du bist Ausländer, Afghane, du machst eh nur Scheiße.“ Manchmal sind sie nett, aber wenn ich etwas sage, gibt es immer Probleme.“



„They handcuffed me and kicked my legs so I fell on the floor. They took me to a random building inside the Stiegenhaus and beat me there.“

„Sechs (!) Cops bei der U-Bahn Thaliastraße im Kreis rund um einen Schwarzen Mann. Nach einer Viertelstunde ziehen die Cops ab und lassen den jungen Mann frei. Der junge Mann erzählt, er ist aus der U-Bahn gekommen und wurde von den Cops festgehalten, durchsucht, seine Papiere kontrolliert, sein Aufenthaltsstatus überprüft.“

„AUSWEISKONTROLLE!“

„Letzten Freitag Abend war ich mit ein paar Freunden in einem Café beim Gürtel. Wir haben geredet, diskutiert und Bier getrunken. Als ich um ca. 22:30 Uhr nach Hause musste, habe ich mich von meinen Freunden verabschiedet. Kurz nach dem Eingang, nach ca. zehn Metern hat mich die Polizei festgehalten. Ein Polizist hat sich plötzlich mit offenen Armen vor mich gestellt und gesagt: „Bleib stehen.“ Er hat mich erschreckt und sich dabei gut gefühlt. Danach sind noch zehn Polizisten dazu gekommen. Einer der Polizisten hat zu mir gesagt: „Wir haben gesehen, dass du etwas versteckt hast.“ Ich hab gesagt: „Nein, was meinen Sie?“ Ein Polizist hat gesagt: „Dieser Typ im Eingang an dem du gerade vorbeigegangen bist, du hast etwas von ihm bekommen. Wir haben es gesehen.“ Ich habe gesagt: „Nein, ich kenne ihn nicht. Ich weiß nicht, wovon Sie reden.“ Sie haben mich und den anderen Mann ins Stiegenhaus eines Mehrfamilienhauses gebracht. Ich glaube, die Polizei hat einen Schlüssel, der bei allen Häusern geht, so können sie überall rein. Dann haben sie mich wieder gefragt: „Wo haben sie dieses Ding versteckt.“ Ich habe wiederholt: „Ich weiß nicht, wovon Sie reden. Sie können meine Freunde fragen, die sind noch im Derwisch.“ Sie haben gesagt, das sei ihnen egal, weil sie gesehen haben, dass ich etwas von dem Typen bekommen und versteckt habe. Dann haben sie mich durchsucht, ich musste meine Hände hoch heben, sie haben mich am ganzen Körper abgetastet. Danach haben sie meine

Tasche durchsucht. Dann haben sie gesagt, dass ich meine Kleidung ausziehen muss. Ich hab meine Jacke und meine Hose ausgezogen. Und sie haben auch meine Unterhose durchsucht. Es war dunkel und sie haben die ganze Zeit mit ihren Taschenlampen in meine Augen geleuchtet und mich geblendet. Dann haben sie mich nach meinem Ausweis gefragt und den Ausweis kontrolliert. Den Mann neben mir haben sie auch kontrolliert, etwa 10 Meter neben mir. Sie haben mich 10 Minuten lang durchsucht. Nach 10 Minuten haben sie wieder gesagt: „Wir haben gesehen, wie du etwas versteckt hast, sag uns, wo du das versteckt hast!“ Ich habe wieder gesagt: „Schauen Sie, Sie haben mich durchsucht und nichts gefunden.“ Eine Stunde war ich in diesem Stiegenhauseingang und sie haben mich nicht gehen lassen. Nach einer Stunde haben sie mich gehen lassen und sich entschuldigt und gesagt: „Sorry, wir haben gedacht, dass du Afghane bist, die machen viel Scheiß!“ Den anderen Mann haben sie noch bei sich behalten, als ich ging.“





„Bei Flüchtlingen ist es immer so, man kann nichts machen.“

Gewaltvolle Situationen werden gänzlich anders erlebt, wenn Menschen Möglichkeiten sehen, sich gegen die erfahrene Gewalt zur Wehr zu setzen. Ob sie sich in einer Situation komplett hilflos fühlen oder ob sie Handlungsspielraum für sich sehen, bzw. ob ihnen Möglichkeiten bekannt sind, wie sie im Nachhinein gegen Unrecht vorgehen können, macht einen großen Unterschied dahingehend, wie unbeschadet sie aus einer Situation herausgehen. Ob Menschen Möglichkeiten sehen, sich gegen erfahrene Ungerechtigkeiten zu wehren, hat nicht nur einen Einfluss darauf, wie traumatisierend solche Situationen erlebt werden, sondern auch darauf wie sie sich selbst und ihre Rolle in einer Gesellschaft einschätzen. Ob ich mich für mich selbst einsetzen kann, ist ein wesentlicher Indikator dafür, ob ich Möglichkeiten sehe, mein Leben selbst zu gestalten.

SICH WEHREN KÖNNEN

„Sich zu beschweren, aber wo?“

Es gibt insgesamt sehr große Unterschiede, ob bzw. was für Möglichkeiten die von uns Befragten sehen, sich gegen Polizeikontrollen zu wehren. Ob sie selbst bereits von der Polizei kontrolliert worden sind, hat dabei keinen Einfluss auf ihre Antworten. Viele der Menschen, mit denen wir gesprochen haben, sehen keinerlei Möglichkeiten sich gegen unfaire Polizeikontrollen zu wehren. Sie sind davon überzeugt, dass sie aufgrund ihrer Identität als Flüchtlinge oder wegen ihrer Hautfarbe keine Möglichkeit haben, etwas zu unternehmen wenn ihnen Unrecht geschieht. Sie versuchen Kontrollen möglichst unbeschadet zu überstehen. Schon zu widersprechen wird als potentiell gefährlich wahrgenommen. Die Polizei wird als so übermächtig erlebt, dass ihr nichts entgegengesetzt werden kann. Dabei wird auch ein Gefühl der Ohnmacht artikuliert, jede eigene Emotion während einer Polizeikontrolle muss unterdrückt werden, um schlimmere Folgen zu verhindern.

„Intelligent wirken und sachlich bleiben und nicht frech.“

Viele andere, mit denen wir Interviews geführt haben, sehen durchaus Möglichkeiten sich unfairer Behandlung zu widersetzen. Einige betonen, dass es wichtig ist, ruhig zu bleiben und nachzufragen, warum die Kontrolle erfolgt. Höflich nachzufragen, wird von ihnen als Möglichkeit erlebt, sich nicht herunter machen zu lassen und in der Situation Handlungsmacht zu bewahren. Teilweise bleiben die Ideen wie Menschen sich wehren könnten eher vage – es wird vermutet, dass es möglich wäre „irgendwo anzurufen“ oder sich „irgendwo zu beschweren“. Auch die Möglichkeit einen Anwalt bzw. Rechtsmittel einzuschalten wird genannt, wenn auch nicht klar wird, wie das konkret funktionieren kann. Andere – vor allem Jüngere – haben tatkräftigere Vorstellungen davon wie dieses „sich wehren“ aussehen könnte, sie schlagen vor wegzulaufen, zu schimpfen oder die Polizist*innen zu schlagen. Existierende Instrumente wie z. B. die Maßnahmenbeschwerde (Rechtsmittel gegen Akte unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt) waren keiner der Befragten bekannt.

„Wenn man sich mit Wörtern wehrt, wird man festgenommen. Und wenn du die Polizei schlägst, bist du richtig am Arsch.“

VON DER STRASSE IN DEN GERICHTSSAAL

Seit der Einführung des Paragraphen 27(2) des Suchtmittelgesetzes im Jahr 2016 haben Polizeikontrollen in Wien massiv zugenommen. Dieser Paragraph behandelt Dealen im öffentlichen Raum als eigene Straftat, die damit schwerer bestarft wird, als z. B. Dealen in Privaträumen. Der Paragraph legitimiert rassistische Polizeikontrollen und betrifft vor allem Männer of Colour als vermeintliche Drogendealer. Unsere Beobachtungen von Prozessen über Dealen im öffentlichen Raum zeigen, dass sich das Polizeihandeln von der Straße bis in den Gerichtssaal hinein zieht. Vom Beobachten und Kontrollieren, Verfolgen und Gefangen-Nehmen übers Verhören und Ermitteln, bis zum Prozess kann die Polizei auf Urteile und Strafen Einfluss nehmen. Polizist*innen treten als Zeug*innen im Prozess auf. Protokolle von Polizeiverhören spielen eine wichtige Rolle im Prozess.

In den Gerichtsprozessen fällt auf, dass Schwarze Menschen auf der Straße von der Polizei als „verdächtig“ markiert werden. Bei Personen of Colour, die sich an Orten aufhalten, die als „szenetypisch“ gelten, wird jede Alltagshandlung zu einer „verdächtigen“ Handlung, die in Zusammenhang mit Drogen steht.

Die Angeklagten weisen darauf hin, dass Polizist*innen im Verhör Druck ausgeübt haben, zu gestehen: „Er hat mir gesagt, wenn ich freigelassen werden möchte, soll ich einfach sagen, dass es mir gehört“, sagt Herr L., ein Angeklagter of Colour. Oder es stellt sich heraus, dass ein Angeklagter im Polizeiverhör keine*n Dolmetscher*in hatte und den Inhalt der Aussage, die er unterschrieb, nicht verstanden hat. In den Prozessen wird den Verhörprotokollen mehr Glauben geschenkt als den Aussagen der Angeklagten vor Gericht.

Den Aussagen von Polizist*innen wird fast immer geglaubt, auch wenn sie widersprüchlich oder die alleinige Basis für die Anklage sind, wie das folgende Protokoll zeigt: „Dass keine Fingerabdrücke drauf sind, sagt gar nichts. Die Polizisten haben alle recht eindeutig ausgesagt, im Hinblick darauf wäre ein Geständnis also sehr wichtig“, so die Staatsanwältin. Widersprechen Angeklagte den Polizeizeug*innen, kann eine weitere Klage drohen: „Er muss aufpassen, dass er nicht eine Verleumdungsklage kriegt“, sagt eine Richterin, nachdem ein Angeklagter of Colour eine Polizeiaussage hinterfragt hat.

Richter*innen und Staatsanwält*innen setzen die rassistische Ermittlungsarbeit der Polizei fort. Bringen Angeklagte z. B. rassistische Kontrollen zur Sprache, werden sie zurechtgewiesen und der Rassismus negiert.

Der als Zeuge geladene Polizist:
„Ich wollte weiter observieren, bin am Plateau gestanden bei der Thaliastraße, da ist er schon gestanden und hat sehr aggressiv gezeigt, dass er Suchtmittel verkaufen will.“

Richterin: *„Inwiefern?“*

Polizist: *„Indem er genickt hat.“*

Richterin: *„Hat das recht professionell gewirkt?“*

Polizist: *„Ja.“*

*„Sagen Sie ihm [damit ist der Angeklagte Herr B. gemeint] nur eins“, sagt die weiße Richterin zur Dolmetscherin, „ich war bei der U-Haft-Vernehmung, das müssen wir nicht protokollieren, das hat mich sehr gestört, da haben Sie gesagt, Sie sind nur kontrolliert worden, weil Sie schwarz sind. Das sollten Sie nicht sagen, wenn es nicht stimmt.“ Nach einer kurzen Pause folgt nochmals die Anweisung an den die Schriftführer*in, die gerade gemachte Bemerkung nicht ins Protokoll zu nehmen.*



PSSSSST!

Mach keine Aussage bei der Polizei! Unterschreib nichts!



MORDE UND SCHWERE MISSHANDLUNGEN

Die folgende (unvollständige) Liste enthält Morde und schwere Misshandlungen, die wir für den Zeitraum von 1996-2018 recherchieren konnten.

24. April 1996: Nicola und Violetta J. von ca. 30 Polizist*innen misshandelt

Nicola und Violetta J. wurden von ca. 30 Polizist*innen ohne Haft- oder Durchsuchungsbefehl in ihrer Wohnung aufgesucht, beschimpft und vor den Augen ihrer drei Kinder und Nachbar*innen geschlagen, gedemütigt und festgenommen.

1. Mai 1999: Markus Omofuma während Abschiebung ermordet

Marcus Omofuma starb im Alter von 25 Jahren bei seiner Abschiebung auf dem Flug von Wien nach Sofia. An Händen und Füßen gefesselt, den Mund mit Leukoplast und Paketklebeband verklebt, wurde er von drei Fremdenpolizist*innen ins Flugzeug getragen, wo er am Sitz gefesselt und der Kopf an der Nackenstütze fixiert wurde. Kurz darauf erstickte er.

3. Mai 2000: Richard Ibekwe stirbt im Jugendgefängnis Rüdengasse

Richard Ibekwe wurde im Rahmen einer Razzia am 29. April 2000 wegen Verdacht des Drogenhandels verhaftet und im Jugendgefängnis Rüdengasse inhaftiert. Dort wurde er misshandelt und war trotz gesundheitlichen Risikos nicht unter ärztlicher Aufsicht. Richard Ibekwe starb nach vier Tagen in Haft in den Morgenstunden des 3. Mai 2000 angeblich an einer Opiatvergiftung. Die genauen Umstände seines Todes sind bis heute ungeklärt.

4. Mai 2000: Lubomir stirbt im Polizeikommissariat Wien-Landstraße

Lubomir, ein 40-jähriger Mann, starb, wie erst am 12. Mai bekannt wurde, in einer Zelle des Polizeikommissariats Wien-Landstraße. Die Polizei gab an, er wäre durch das Verschlucken von Drogen gestorben, Beweise wurden keine vorgelegt.

19. Mai 2000: Imre Bartos exekutiert von Polizisten mit Privatwaffe

Imre Bartos wurde von einem Polizisten mit dessen Privatwaffe erschossen. Der unbewaffnete Bartos soll in seinem parkenden Auto sitzend, mit den Händen am Lenkrad, durch einen irrtümlich gelösten Schuss gestorben sein. Sechs Jahre nach der Erschießung wurde der tödliche Schuss für rechtswidrig erklärt, für den Täter gab es keine Konsequenzen.

20. Mai 2000: Mehrere Schwerverletzte nach Angriff auf eine Demonstration gegen Polizeigewalt

Als Reaktion auf diese Serie von tödlich endenden Polizeiübergriffen kam es zu einer spontanen Demonstration gegen Polizeigewalt. Bei der Demonstration wurden 24 Personen am Michaelerplatz eingekesselt und über dreieinhalb Stunden lang immer wieder massiv geschlagen. Mindestens vier Menschen wurden schwerer verletzt.

Mai 2000: Junger Mann am Boden fixiert und erstickt

Ein junger Mann war einer Funkstreifenbesatzung verdächtig vorgekommen, als er bei einem Bankomaten stand. Beim Davonlaufen wurde er überwältigt und starb unter dem Gewicht der ihn in Bauchlage fixierenden Polizisten. Er erstickte trotz Hilfeschreie.

14. Juli 2003: Seibane Wague zu Tode fixiert

Seibane Wague wurde von zehn Polizisten und Sanitätern des Roten Kreuzes am Boden fixiert und starb in Folge. Die Polizisten rechtfertigten ihr Vorgehen mit fehlender Ausbildung.

7. April 2006: Bakari J. von WEGA-Polizisten gefoltert

Vier WEGA-Polizisten misshandelten Bakary J., nachdem er seine Abschiebung verhindert hatte. Sie brachten ihn in eine verlassene Lagerhalle in Wien-Brigittenau, folterten ihn und drohten, ihn zu ermorden.

8. August 2008: Mann bei Fluchtversuch erschossen

Weil er ein Motorrad entwenden wollte, erschoss ein Polizist in Wetzelsdorf (Bezirk Korneuburg) einen Mann. Der 46-Jährige wollte bei einem Anhalteversuch flüchten.

11. Februar 2009: Mike B. wird von Polizisten krankenhausaufreife geschlagen

Zwei Polizisten schlugen den afroamerikanischen Lehrer Mike B. in einer U-Bahn-Station krankenhausaufreife. Sie hätten ihn für einen Drogendealer gehalten, sagten die Polizisten.

August 2009: Florian P. erschossen von einem Polizisten

Der 14-jährige Florian P. wird bei einem Einbruchversuch von Polizisten in einem Supermarkt in Krems von hinten erschossen. Der Polizist wird zu einer bedingten Strafe wegen „fahrlässiger Tötung“ verurteilt.

19. Juli 2010: Reza Haidari tötet sich selbst im Polizeigefängnis Hernals Gürtel

Der traumatisierte 16-jährige Reza Haidari wurde in Schubhaft genommen und sollte abgeschoben werden. Er starb an den Folgen eines versuchten Selbstmords, den er in der Nacht von 4. auf 5. Juni im Polizeianhaltezentrum Hernals verübte.

27. September 2012: Zelimkhan Isakov stirbt in Schubhaft

Der 35-jährige Zelimkhan Isakov wurde im Rahmen einer Polizeikontrolle aufgrund eines negativen Asylbescheides in Schubhaft genommen. Dort starb er an einem Herzinfarkt, nachdem er in der Schubhaft wiederholt über gesundheitliche Probleme geklagt hatte, die nicht per EKG abgeklärt wurden.

November 2012: Mitat Ü. von Polizist verprügelt

Nachdem sich Mitat Ü. im Zuge einer Verkehrskontrolle den Beschimpfungen eines Polizisten verbal widersetzt, wurde er zu Boden geworfen, mit einem Schal gewürgt und getreten. Die Nacht musste er verletzt und ohne medizinische Versorgung in einer Zelle verbringen. Am nächsten Tag wurden acht Knochenbrüche festgestellt.

7. Juni 2013: Psychisch kranker Mann erschossen

Ein Mann attackierte in einem engen Stiegenhaus in Liesing acht Angehörige der Wiener Einsatzgruppe Alarmabteilung (WEGA) mit einem Messer. Vier der Polizist*innen gaben insgesamt 20 Schüsse ab. Das Verfahren gegen die Beamten wurde ein Jahr später eingestellt.

3. Juli 2014: 21-Jähriger bei Flucht erschossen

Ein 21-jähriger Mann, der eine Tankstelle in Wiener Neustadt überfallen hatte, flüchtete und wurde von Polizist*innen im Zuge einer Alarmfahndung in Neunkirchen gestellt. Weil er eine Softgun auf die Polizist*innen richtete, schossen sie auf ihn. Der 21-Jährige starb, von mehreren Projektilen getroffen, noch am Einsatzort an der B17.

1. Jänner 2015: Frau wird von Polizisten schwer verletzt

In der Silvesternacht wurde eine 47-jährige Frau wegen Verweigerung des Alkoholtests von vier Polizist*innen aggressiv zu Boden gerissen und von 10 weiteren Polizist*innen getreten, misshandelt und beschimpft. Schwer verletzt wurde sie dann gefesselt und über Nacht in eine Gummizelle ohne medizinische Versorgung gesperrt.

19. Jänner 2015: 42-Jähriger am Praterstern festgenommen und misshandelt

Ein 42-Jähriger mischte sich am Praterstern verbal in eine Amtshandlung mit einem Obdachlosen ein und wurde daraufhin selbst Ziel einer Personenkontrolle. Nachdem er beharrlich nach der Dienstnummer eines Polizisten fragte, bekam er zwei Schläge ins Gesicht. Schließlich wurde der Mann auf ein Wachzimmer mitgenommen und dort zu Boden gestoßen, geschlagen und bekam Tritte gegen den Kopf. Fünf Tage später wurden bei ihm ein Trommelfellriss, Gehirnerschütterung, Verletzungen im Gesicht, eine Prellung der Wirbelsäule und multiple Hämatome diagnostiziert.

Da Polizeikontrollen einen erheblichen negativen Einfluss auf das Leben vieler Bewohner*innen Wiens haben, stellt sich für uns die Frage nach Alternativen. Für viele Menschen ist eine Stadt ohne Polizei heute jedoch schwer vorstellbar. Viele wünschen sich, dass die Polizei freundlicher ist und alle Menschen gleich behandelt. Die Polizei handelt allerdings vor allem im Interesse der Privilegierteren. Sozial Schwächere sollen kontrolliert werden – wenn nötig, mit Gewalt. Die Polizei zu reformieren, reicht nicht aus. Es braucht positive Vorstellungen davon, wie eine Stadt ohne Polizei funktionieren kann. Die Idee von Gesellschaften oder Städten ohne Polizei ist alles andere als neu. Es gibt bereits viele Ideen, Initiativen und Beispiele, wie das gehen kann.

MUTIGE KLEINE SCHRITTE HIN ZU EINER STADT OHNE POLIZEI



Drei parallele Schritte für eine Welt ohne Polizei

Entmachten: Das bedeutet weniger Macht für die Polizei, mehr Macht für uns. Das heißt einander helfen und lernen, wie wir Konflikte selbst lösen können. Es braucht Organisationen gegen Polizeigewalt. Eine Kampagne kann die Leute im Viertel ermutigen, nicht mit der Polizei zu sprechen. Cop-Watch-Initiativen können die Polizei überwachen, in Polizeikontrollen intervenieren und Bewusstsein schaffen, keine*n mit der Polizei allein zu lassen und sich stattdessen solidarisch zu zeigen.

Entwaffnen: Die Polizei ist mit Waffen und mit Technologien der Überwachung und Kontrolle ausgestattet. Entwaffnen heißt, gegen Budget-Erhöhrungen für die Polizei zu protestieren, gegen die Zusammenarbeit von Militär, Polizei und den privaten Sicherheitsfirmen zu demonstrieren. Ebenso bedeutet Entwaffnen, sicher zu kommunizieren (etwa Mails zu verschlüsseln), Social Media Kanäle der Polizei nicht zu verbreiten und Zivilcops zu enttarnen.

Auflösen: Dafür ist es nötig, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und sich zu überlegen, was es für wen bedeutet, wenn von

Prozesse transformativer Gerechtigkeit:

Bei transformativer oder wiederherstellender Gerechtigkeit geht es nicht um Bestrafen, sondern darum die Bedürfnisse der von Gewalt Betroffenen in den Mittelpunkt zu stellen. Es soll entstandenem Schmerz oder Schaden so gut als möglich begegnet werden. Prozesse transformativer Gerechtigkeit beinhalten den Versuch zu verstehen, warum etwas passiert ist, und im Dialog zwischen den Beteiligten eine Lösung auszuhandeln, in der Verantwortung übernommen und versucht wird zu verhindern, dass Ähnliches wieder passiert.

Nachbarschafts-Versammlungen

Nachbarschafts-Versammlungen gibt es in verschiedenen Städten und Vierteln. Sie zielen auf Selbstorganisation in den Grätzeln ab, um soziale Probleme gemeinsam ohne Polizei zu lösen. Dazu gehört, gegen den Bau von neuen Gefängnissen oder Gentrifizierungsprojekte zu kämpfen oder Zwangsräumungen zu verhindern. Oder auch sich zu organisieren um Personen of Colour und queere Personen vor Übergriffen zu schützen.

Probleme selber lösen

Wissen teilen, wie Menschen in ganz alltägliche Situationen eingreifen können, ohne die Polizei. Zum Beispiel bei Lärm aus der Wohnung neben die Polizei zu rufen, sondern mit den Nachbar*in reden, oder immer eine Liste mit sozialen Einricht eingesteckt zu haben, die im Notfall kontaktiert können. Auch gehört dazu, Personen, die Hilfe brauchen, zu assistieren, anstatt die Polizei zu

